

Wien, am Montag, den 16. Dezember 1929.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 16. Dezember 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über den städtischen Voranschlag für 1930 fort. Zur Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen.

GR.Dr.Wagner (E.L.) verweist darauf, dass im kommenden Jahr 82 Millionen Schilling für Hochbauten und nur 7.2 Millionen für Flach- und Siedlungsbauten verwendet werden sollen. Dies beweist neuerdings, dass die Wiener Gemeindeverwaltung die Politik der Kasernierung energischer fortsetzen will. Mit dem Aufwand für die städtische Wohnbautätigkeit verschwinden jährlich viele Millionen Schilling aus dem Kreislauf der Wirtschaft und kehren nie mehr in die Wirtschaft zurück. Das ist für die Wirtschaft ein höchst ungesunder Zustand. Es liegt nun der Gedanke nahe, aus den Gemeindewohnungen einen Ertrag zu erzielen, und zwar dadurch, dass in Anpassung der Gesundung der Wirtschaft die Zinse allmählich aufgewertet würden, wodurch es möglich wäre, einerseits die Wiener Bevölkerung vom Steuerdruck zu entlasten und andererseits neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Mit aller Schärfe müssen wir der Ansicht entgegentreten, dass mit Genehmigung des im Budget angegebenen Bauaufwandes auch die Gelder für den individuellen Baufall bewilligt werden. Dem ist nicht so und wir verlangen, dass den gemeinderätlichen Instanzen bei jedem Ansuchen um Bewilligung eines Bauvorhabens auch der Kostenvoranschlag vorgelegt wird. Der Redner verweist auf die neue Wiener Bauordnung und verlangt, dass im nächsten Budget die aus der neuen Wiener Bauordnung entstehenden Anliegerbeiträge gesondert ausgewiesen werden sollen, um feststellen zu können, in-wieweit sie das Bauen verteuern. Die Gemeinde verfügt heute nach dem Bericht des Referenten über mehr als 51.000 Wohnungen. Wir haben allen Grund zur Annahme, dass auch in der Wohnhäuserverwaltung Parteipolitik betrieben wird. Die Minderheit hat die Einsetzung einer Wohnungszuweisungskommission verlangt. Bei der Behandlung dieses Antrages durch die Mehrheit wird es sich nun beweisen, wie weit das Wort des Bürgermeisters: "Wir haben keine Kontrolle zu scheuen" berechtigt ist. GR.Dr.Wagner bespricht sodann das Kleingartenwesen und anerkennt, dass die Verwaltung, namentlich, was den rationellen Betrieb und das ästhetische Aussehen der Kleingärten betrifft, ... manches erreicht habe. Es wäre nur sehr zu wünschen, dass diese Post erhöht wird. Der Redner verweist sodann da-

Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 1929. II. Blatt.
dem Gemeindebau in
rauf, dass in/der Säulengasse im IX. Bezirk ein sozialdemokratischer Arbeiterbildungsverein untergebracht ist, der also eigentlich aus Steuergeldern bezahlt ist, ohne dass in diesem Falle ^{oder} auch sonst bei Unterbringung von Parteilokalen in Gemeindebauten bei Genehmigung des betreffenden Projektes davon die Rede gewesen wäre. Es wäre die Pflicht der Berichterstattung eine solche von der gewöhnlichen Verwendung der Wohnhausbauten abweichende Art der Verwendung ausdrücklich zu erwähnen. Schliesslich zeigt Dr. Wagner den Zusammenhang auf, der zwischen der Art der Baupolitik und der Lösung der Bauarbeiterfrage besteht. Die Zahl der Bauarbeiter hat sich in den letzten Jahren auf ein Drittel vermindert und von diesem Drittel sind 40 Prozent arbeitslos. Nur eine Aenderung des gegenwärtigen Finanzierungssystems könnte zu einer Eindämmung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in den damit zusammenhängen Branchen führen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.) GR.

Dr. Daffinger (E.L.) bemerkt, dass wenn man bedenkt, dass es noch immer 110 bis 115.000 Wohnungssuchende gibt, die dringend einer Wohnung bedürfen und dass andererseits, wie Stadtrat Weber erklärte, von 100 neu gegründeten Haushalten nur 38 befriedigt werden können, ^{muss} man sich fragen, wann die Gemeinde Wien bei ihrem heutigen System in die Lage kommen kann, hier auch nur einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Der Redner beklagt es, dass die Wohnbausteuer von jedem Mieter, auch von den Inhabern der kleinsten Wohnung eingehoben wird und kritisiert, das parteipolitische Vorgehen bei Wohnungszuweisungen. Diejenigen, die anderer Gesinnung sind, als der sozialdemokratischen erhalten nur zu einem verschwinden kleinen Prozentsatz Wohnungen. GR. Daffinger verliest sodann den Brief einer 60 jährigen Pfründnerin, die zusammen mit ein paar anderen sehr alten und armen Leuten in einer wahren Chaluppe wohnt. Das betreffende Haus ist von der Gemeinde Wien als Bauplatz um 7000 Schilling gekauft, aber zuerst auf 30.000 und dann sogar auf 43.000 Schilling versichert worden. (Hört! Hört! bei der E.L.) Dafür sollen diese armen Leute aufkommen. Ja der Pfründnerin ist sogar ^{für den} Mehrverbrauch von Wasser ein Betrag von 70 Schilling vorgeschrieben worden, obzwar dieser Mehrverbrauch offenbar auf die an dem Hause vorgenommenen Demolierungsarbeiten zurückzuführen ist. Man müsste in diesen Fällen doch dafür sorgen, dass diesen armen Leuten an Stelle der Elendswohnungen anständige Wohnungen zugewiesen werden. GR. Daffinger wendet sich ferner dagegen, dass für die Post Zuschüsse zu den Mietzinsen, die 40 Groschen für eine Friedens-

550

krone übersteigen, ein zu hoher Betrag in den Voranschlag eingestellt sei und erklärt, wenn die Mehrheit wolle, dass das Verhältnis zur Minderheit besser wird, möge sie dem Abtrag des Gemeinderates Ullreich auf Schaffung einer Wohnungszuweisungskommission zustimmen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Damit ist die Debatte über Gruppe IV geschlossen.

Stadtrat Weber antwortet in seinem Schlusswort zunächst auf die Ausführungen der Debattereder über das Kleingartenwesen und bemerkt, wie viel die Gemeinde Wien für das Kleingartenwesen tue, könne am besten daraus ersehen werden, dass nicht weniger als rund eine Million Schilling dafür ausgegeben wurde. Was die kritischen Bemerkungen der Opposition über die Art der Wohnungszuweisung in Neubauten betrifft, so ist es ja selbstverständlich, dass bei einer so ungeheuren Not an Wohnungen einerseits und bei der geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen andererseits, alle Funktionäre dieser oder jener Partei von den Wohnungssuchenden bestürmt werden; die Opposition möge aber überzeugt sein, dass die Mitglieder der Mehrheit dasselbe Alagelied über die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen anstimmen wie die Mitglieder der Minorität. Mehr als 6000 Wohnungen im Jahr können nicht vergeben werden. Das heisst, es stehen in der Woche 125 Wohnungen im ganzen zur Verfügung und auf jeden Bezirk, es sind darunter Bezirke, die über 60.000 oder 100.000 Einwohner haben, entfallen in der Woche sechs Wohnungen. Da bedarf es einer ungeheuren Kunst und einer sehr sorgfältigen Erwägung, die Vergabung vollkommen gerecht zu bewerkstelligen; man muss sich dabei bemühen, die Obdachlosigkeit so gut wie möglich hinauszuhalten, die gekündigten Parteien unterzubringen, die Baracken zu räumen, den Jungverheirateten Wohnungen zu verschaffen und denen, die in überfüllten Wohnungen hausen, einen Wohnungstausch zu ermöglichen. Die Beamten, die die Wohnungszuweisungen vornehmen, müssen wirklich Nerven von Stahl haben. Wie schwer das Amt der Wohnungszuweisung ist, kann aus folgender Zusammenstellung über die allerdringlichsten Fälle ersehen werden, die in den nächsten Tagen und Wochen untergebracht werden müssen. Auf Grund eines gerichtlichen Urteiles müssen aus der Rossauerkaserne 80 Parteien herausgenommen werden. In den Obdachlosenheimen befinden sich 313 Familien, wegen Baugebrechen müssen 434, wegen Dienstwohnungsräumungen 158 und wegen Baugrundräumungen 115 Parteien untergebracht werden, gerichtliche Kündigungen mit bevorstehender oder schon vollzogener Delogierung sind 1614, unbewohnbare, beziehungsweise gesundheitsschädliche Wohnungen 685. Im ganzen müssen also 3399 Fälle in der allernächsten Zeit untergebracht werden. Eine Kommission könnte da auch nichts anderes machen, als eben die Leute unterbringen

Ich kann wohl immer wieder versichern, wenn es mir auch nicht gelingt, Sie zu überzeugen, dass die Zuweisungen nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgen. Glaubt man wirklich, dass die Beamten des Wohnungsamtes, wenn sich ein Wohnungssuchender anmeldet, nach der Parteizugehörigkeit fragen? (GR. Gschladt: Es werden solche Andeutungen gemacht!) Wenn Sie mir den Beweis dafür erbringen, werde ich den Uebelstand sofort abstellen. Die Herren verlangen immer, das Wohnungswesen möge entpolitisiert werden. Ich habe diesen Standpunkt konsequent durchgeführt. Ursprünglich war die Zuweisung dezentralisiert. Darauf hat die Opposition die Zentralisierung verlangt und das ist geschehen, dann musste die zentrale Kommission infolge Aufhebung des Anforderungsgesetzes aufgelassen werden. Jetzt weisen die Beamten die Wohnungen zu, das ist Ihnen auch nicht recht und Sie verlangen wieder eine Kommission. Die Schaffung einer solchen Kommission würde eine Politisierung bei den Wohnungszuweisungen zur Folge haben, die unerträglich wäre. Eine solche Kommission würde keine Beruhigung schaffen, sondern nur den Kampf aller gegen alle hervorrufen. Ich muss daher bitten, den Antrag Ullreich abzulehnen. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Die Finanzierung unserer Wohnbauten ist sehr umstritten. Es wurde wieder die Aufnahme einer Wohnbauanleihe verlangt. Abgesehen davon, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufnahme einer Anleihe auf die grössten Schwierigkeiten stösst, verteuert natürlich eine Anleihe die Mietzinse ganz gewaltig. Für eine Wohnung aus Zimmer und Küche kann niemand 60 bis 80 Schilling zahlen, so dass überhaupt jede Bautätigkeit unmöglich ist. Da ist unsere Methode doch die einzig richtige. Dies trifft auch auf die Besteuerung zu. In Wien haben im Jahre 1914 die Realsteuern rund 134 Millionen Goldkronen, oder 192 Millionen Schilling betragen. Heute machen die Grundsteuer, die Bodenwertabgabe und die Wohnbausteuer nur 38.5 Millionen Schilling aus. Würde die Gemeinde dieselbe Realsteuer einheben, wie vor dem Krieg, so könnte sie alle übrigen Gemeindesteuern abschaffen. Mit Unrecht wurden die Gemeindehäuser als Zinskasernen bezeichnet und es wäre sehr zu wünschen, wenn auch die Mitglieder der Minderheit diese Bauten eingehend besichtigen, wozu sie freundlichst eingeladen sind. Was die Ueberschreitungen der Baukosten anlangt, so wird nun versucht werden, ähnlich wie dies bei der Geschäftsstelle der staatlichen Wohnbauförderung geschieht, dem Gemeinderat Kostenvoranschläge vorzulegen. Es ist aber bis jetzt nichts geschehen, was nicht verfassungsmässig wäre. Das viel besprochene Arbeiterheim im städtischen Wohnbau Ybsstrasse, ist hier genehmigt worden. Der Plan lag vor. Wir haben in dieser Gegend rund 5000 Menschen angesiedelt, für die eine Bibliothek und ein grösserer Saal notwendig sind. Auch hier wurde nichts verheimlicht. Bei der Siedlung Bruckhausen ist es mit einer Kommission nicht getan, ich möchte hier bitten, dass alle Parteien sich der Politik strengster enthalten, weil wir diese wilde Siedlung nur dann sanieren können, wenn wir sie entpolitisieren. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Anträge der Minderheit werden nun abgelehnt und die Ansätze der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen unverändert angenommen.

StR. Richter leitet sodann die Beratung über die Verwaltungsgruppe V ein. Er verweist zunächst darauf, dass das Budget dieser Verwaltungsgruppe für das Jahr 1930 mit seinen 84 Millionen Schilling Ausgaben um vier Millionen höher ist als im Jahre 1929. Höhere Ausgaben sind vor allem auf dem Gebiet der Wasserversorgung zu verzeichnen. Es ist beabsichtigt, auf dem Gebiet der I. Hochquellenleitung neue Quellen der Wasserversorgung dienstbar zu machen und vor allem Speichermöglichkeiten zu schaffen, um kritische Perioden durch das Speicherwasser zu überwinden. Da die erste Hochquellenleitung imstande wäre, weit grössere Wassermengen nach Wien zu bringen, als sie bei den gegenwärtigen Zuflüssen führt, wird dadurch ein ziemlich weiter Spielraum geschaffen. Auch im Gebiet der II. Hochquellenleitung werden zwei neue Quellen in den Rohrstrang eingeleitet, um den Spitzenbedarf zu decken. Ausserdem muss dafür gesorgt werden, dass das ganze Jahr hindurch grössere Mengen von Nutzwasser zur Verfügung stehen, als die Wientalwasserleitung zu leisten vermag. Diese Arbeiten können natürlich nicht in einem Jahre beendet werden, sondern sie werden mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Etwas höhere Ausgaben als im Jahre 1929 wird auch der Strassenpflegebetrieb erfordern, die begründet sind durch die fortschreitende Mechanisierung des Betriebes. Es wurden Kleinkehrmaschinen und eine neue Selbstauflademaschine in den Dienst gestellt. Für das Jahr 1930 sind weitere solche Maschinen in Aussicht genommen. Die Erhöhung der Ausgaben für die Strassenerhaltung und dem Strassenbau wird leider keine grössere Leistung dieses Betriebszweiges zur Folge haben, da sie sich ausschliesslich durch Erhöhung der Materialpreise sowie der Gehalte und Löhne erklärt. Immerhin wird es möglich sein, wie in den Vorjahren 500.000 Quadratmeter Strassen und Wege neu und wiederherzustellen. Leider erfordert der Neubau der Strassen vor den Gemeindewohnbauten einen von Jahr zu Jahr steigenden Betrag; im Jahre 1929 waren es mehr als dreieinhalb Millionen Schilling. Immerhin kann mit Genugtuung festgestellt werden, dass das Strassenwesen eine fortschreitende Besserung aufweist, die nicht nur in der Verbesserung der in den früheren Jahren arg vernachlässigten Strassen zum Ausdruck kommt, sondern auch deren möglichste Staubfreiheit verbürgt. Fugenverguss bei neuen Pflasterstrassen, die Ausführung des Strassenkörpers in Walz- oder Gussasphalt und die Oberflächenbehandlung makadamisierter Strassen tragen viel zur Staubfreiheit bei. In den alten Makadamstrassen müssen wir auch im Jahre 1930 noch bei der Oelung verbleiben, die sich sehr gut bewährte und deren grossen Vorteile nunmehr schon allseitig anerkannt sind. Für Brücken- und Wasserverbauten wird um 1.1 Millionen Schilling mehr als im Vorjahre aufgewendet. Diese Mehrausgaben erklären sich durch den Neubau der Augartenbrücke, für die allein 2.5 Millionen Schilling als zweite Baurate eingesetzt sind. Die Brücke wird zu Beginn des Herbst 1931 fertig. Stadtrat Richter macht sodann Mitteilungen über den Bäderbesuch. Im Jahre 1928, über das endgiltige Ziffern vorliegen, waren über zehn Millionen Bäderbesucher zu verzeichnen, davon 7.459.601 in den Volks-, Dampf- und Wannenbädern. Im Jahre 1929 waren 1.397.772 Besucher in den Sommerbädern und 1.145.585 Besucher in den Kinderfreibädern zu verzeichnen. Die Frequenz in den Volks-, Dampf- und Wannenbädern ist demnach um mehr als 500.000 Besucher gegen das Jahr 1927 gestiegen. Es badet also jeder Wiener, die Säuglinge und Kleinkinder mit eingerechnet, sechsmals im Jahre in einer städtischen Badeanstalt, eine Ziffer, die von keiner Grossstadt erreicht wird. Dabei ist zu beachten, dass durch die Badeanlagen in den städtischen Wohnbauten bequemer erreichbare Badegelegenheiten für weitere Bevölkerungskreise geschaffen wurde, die früher die öffentlichen Bäder benutzen mussten. Die Badefreudigkeit der Bevölkerung hat also ganz bedeutend zugenommen. Dieser Tatsache soll im Jahre 1930 durch Ausgestaltung einzelner Bäder, so des Bades in Simmering, Rechnung getragen werden. Auch werden zwei neue Kinderfreibäder erreicht und insgesamt für diese Zwecke 687.500 Schilling investiert. Im Betrieb Gartenwesen ist die Fertigstellung der Anlage an der Wienflussmündung zu erwarten, ferner Neuanlagen am Vorkai des Donaukanals von der Salztorbrücke bis zur Aspernbrücke, die Fortsetzung der Arbeiten am Steinlagerplatz, eine Erweiterung des Strauss-Lannerparkes und einige kleine Anlagen. Mit den 600 Gartenbänken, die im Jahre 1930 beschafft werden sollen, werden den Besuchern der öffentlichen städtischen Gärten 12.500 Bänke zur Verfügung stehen, gegen 5770 im Jahre 1914. Die Elektrifizierung der Strassenbeleuchtung wird fortgesetzt, zu Ende des Jahres 1929 werden über 23.000 Lampen installiert sein, auf mehr als 600 Kilometer Strassenlänge. Im Jahre 1930 wird der achte Bezirk vollständig elektrisch beleuchtet sein, die anderen Bezirke werden in den nächsten Jahren folgen. Für die Neuaufstellung öffentlicher Uhren ist ein Betrag von 32.000 Schilling vorgesehen und zwar werden sechs neue Uhren zur Aufstellung gelangen. Die Verbesserung des Kanalisationswesens, durch den Neubau von Anlägen und den Umbau der alten Ziegelkanäle und deren Ersatz durch Betonkanäle mit Steinzeugsohlen und Seitenwänden wird planmässig fortgesetzt. Damit wird auch die Rattenplage vermindert. Es werden 63 Kanäle umgebaut und 99 Kanalneubauten durchgeführt. Zum ersten Mal nach vielen

Jahren gelangt im Jahre 1930 ein neuer Schulbau zur Vollendung und zwar die Volks- und Hauptschule in Kagran. Stadtrat Richter spricht die Hoffnung aus, dass durch die Ausgaben für die Verwaltungsgruppe, die zum grossen Teil wertvermehrende Investitionen betreffen, eine wohltätige Wirkung auf das Wirtschaftsleben ausgeübt werden wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Dirisamer (E.L.) erklärt, dass durch die Forcierung der Wohnbautätigkeit auch das Budget der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten schwer leidet. Die Neuherstellungen von Strassen bei städtischen Neubauten verursachen, dass das übrige Strassennetz vernachlässigt wird. Auch in diesem Budget finden wir, dass ungenau budgetiert wird, weshalb auch sehr viel Zuschusskredite angesprochen werden müssen. Der Redner stellt dann an den Referenten die Anfrage, wie es mit der Wiederaufstellung der Brigittabrücke steht, warum für die Verbreiterung der Reichsbrücke kein Betrag vorgesehen und ob die Einstellung von Maschinen bei der Strassenpflege unbedingt notwendig sei, da dadurch viele Arbeiter beschäftigungslos werden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Scholz (E.L.) erklärt, dass die Verwaltung für die technischen Angelegenheiten sehr wenig übrig habe. Von den Gesamtausgaben werden bloss acht Prozent dafür aufgewendet. Die Verteuerung des Betriebswassers, die im Frühsommer beschlossen wurde, war für die Gemeinde ein sehr lukratives Geschäft. Der Redner verweist auf den starken Verkehr im Zuge der Kärntnerstrasse über den Ring und regt eine Tunellführung unter dem Ring an. Es wäre auch wünschenswert, hervorragende Baudenkmäler bei Nachtzeit platisch zu beleuchten. GR. Scholz beschwert sich sodann darüber, dass aus reiner Sparwut die Colonia-Gefässe in gefülltem Zustande doppelt so lang, als früher in den Strassen belassen werden. Er befasst sich sodann mit dem Bäderwesen und bezeichnet die Mitteilungen des Stadtrates Richter als erfreulich. Schliesslich stellt er den Antrag auf eheste Errichtung eines städtischen Dampf- und Wannenbades im XX. Bezirk, und spricht den Wunsch aus, dass im nächsten Jahre dieser Verwaltungsgruppe ein höherer Betrag gewidmet werde. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Wagner (E.L.) bemerkt, es handle sich in dieser Verwaltungsgruppe um die eigentlichen und traditionellen Aufgaben einer Gemeindeverwaltung, um wirklich wertvermehrende Investitionen. Diese Verwaltungsgruppe werde aber durch die übermässigen Ausgaben, die für Wohnhausbauten gemacht werden, stark verkürzt. Aus den Ausführungen des Stadtrates Richter war auch ein Ton des Bedauerns darüber herauszuhören, dass das Strassenwesen unter dieser Ausgabenverkürzung ausserordentlich zu leiden hat. Die Strassenölung kann nur ein Notbehelf für eine ganz kurze Zeit sein. Dr. Wagner wünscht eine Auskunft darüber, wie sich die Kosten

für die Strassenherstellung und zwar für jede einzelne Art derselben pro Quadratmeter stelle, da diese Feststellung schon mit Rücksicht auf die Anliegerleistungen sehr wichtig sei. Er bemängelt sodann, dass die Denkmäler zuwenig gereinigt und schlecht Instand gehalten werden und klagt über die mangelhafte Reinigung und Walzung der Strassen. Er beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Frage des Umbaues der Reichsbrücke und spricht den Wunsch aus, dass die Verhandlungen zwischen Bund und Gemeinde rasch in Fluss kommen. Dann sollte auch der aus technischen Kreisen gegebenen Anregung näher getreten werden, ob nicht auch eine Unterfahung der Donau an Stelle eines Brückenbaues in Betracht käme. Schliesslich richtet er die Anfrage an Stadtrat Richter, ob in den Werkstätten der Gemeinde auch Arbeiten für die städtischen Wohnhausbauten durchgeführt werden und spricht den Wunsch aus, dass sich die Gemeinde Werkstätten lediglich auf die Bedürfnisse der Gemeindeverwaltung selbst einschränken mögen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen Dienstag, 4 Uhr nachmittags. Tagesordnung:
Fortsetzung der Spezialdebatte über den Gemeindevoranschlag.

Schluss der Sitzung 21 Uhr.
